

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

02.02.2018 - 20:22 Uhr

Landrat: **Windparks sind Gefahr für Zukunft des Kreises Helmstedt**

HELMSTEDT Gerhard Radeck kritisiert die Standortwahl, weil der Tourismus Schaden nehmen könnte.

Von Michael Strohmann



Foto: Archiv

Würden Windräder bei Süplingen die touristische Anziehungskraft des Kaiserdoms im nahen Königslutter schmälern?

Die touristische Entwicklung als eines seiner künftigen wirtschaftlichen Standbeine würde aus Sicht des Landkreises Helmstedt massiv in Gefahr geraten, sollte es zur Errichtung riesiger Windräder am Lappwaldsee bei Helmstedt und vor der Kulisse des Kaiserdoms bei Königslutter kommen. Landrat Gerhard Radeck machte seine Bedenken gegen die Pläne des Regionalverbands Großraum Braunschweig am Freitag deutlich. „Der Landkreis kommt für eine Nutzung der Windkraft selbstverständlich in Frage, aber auf keinen Fall an diesen beiden für den Tourismus so wichtigen Standorten“, sagte Radeck unserer Zeitung.

Die neuen Vorranggebiete für Windparks in der Region wird die Verbandsversammlung des Regionalverbands im Mai beschließen. Zuvor

veranstaltet der Verband eine nicht-öffentliche Erörterung zu den Einwendungen gegen geplante Windkraft-Standorte, und zwar am 13. Februar. Bei diesem Termin werde der Landkreis seine Bedenken noch einmal deutlich machen, kündigte Radeck an. Auch wolle er im Vorfeld der Beschlussfassung durch die Verbandsversammlung, in der der Landkreis nur über drei Vertreter verfüge, eine größtmögliche politische Unterstützung einwerben.

Sollten die Errichtung eines neuen Windparks bei Süpplingen und der Ausbau der bestehenden Anlagen am Lappwaldsee beschlossen werden, dann bliebe nur noch der juristische Weg, erklärten Radeck und Kreis-Baudezernent Reinhard Siegert am Freitag. Er stehe zum Beispiel den betroffenen Kommunen offen. Inwieweit sich der Landkreis in ein Klageverfahren einbringen könnte, müsse noch geprüft werden.

Siegert erläuterte, dass sich eine Klage vermutlich auf formale Fehler bei der Anwendung von Kriterien oder bei der Abwägung von Sachverhalten stützen müsste. Auch könnte eine zu weit gefasste Nutzung von Ermessensspielräumen Anknüpfungspunkte für eine Anfechtung liefern. Es sei aber zu früh, hierzu stichhaltige Einschätzungen abzugeben.

„Es geht nicht darum, Windkraftanlagen zu verhindern, die an anderer Stelle im Kreisgebiet im Übrigen ohne Probleme errichtet worden sind“, betonte Radeck. „Wir wollen nur vermeiden, dass Entwicklungschancen des Landkreises stark beschädigt werden.“